

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Bayerischer Flüchtlingsrat**  
**BÜRO NORDBAYERN**  
**Gugelstr. 83**  
**90459 Nürnberg**

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl vom Bayerischen Flüchtlingsrat

### Afghanistan

---

**1.** Die Sicherheitslage in Afghanistan wird derzeit von der Bundesregierung neu beurteilt.

#### **Wie stehen Sie zum Thema Abschiebungen nach Afghanistan?**

Bekanntlich hat DIE LINKE als einzige Partei im Bundestag die verhängnisvolle militärische Intervention in Afghanistan von Beginn an abgelehnt. Die Situation der Menschen und die Sicherheitslage haben sich insbesondere in den vergangenen Jahren weiter massiv verschlechtert.

Seit langem setzt sich DIE LINKE auch für einen wirksamen Schutz der Geflüchteten aus Afghanistan ein. Aufgrund der militärischen Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan sehen wir Deutschland hier in einer besonderen moralischen und politischen Verantwortung – rechtlich ist der Schutz von Verfolgten und Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen ohnehin zwingend. Bereits im Jahr 2007 hatte sich DIE LINKE im Bundestag für einen Abschiebestopp und eine Bleiberechtsregelung für afghanische Flüchtlinge eingesetzt (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/051/1605141.pdf>) – leider vergeblich. Unsere Forderungen haben wir erneut Ende 2015 in den Bundestag eingebracht (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/068/1806869.pdf>) – doch trotz der massiv verschlechterten Lage wurde auch dieser Antrag mit Mehrheit der Koalitionsparteien abgelehnt.

Die Lagebeurteilungen der Bundesregierung sind von politischen Interessen bestimmt und zeichnen kein realistisches Bild der Situation in Afghanistan. Deshalb war von der angekündigten Neu-Bewertung der Lage in Afghanistan leider nicht zu erwarten, dass Abschiebungen dorthin tatsächlich eingestellt würden. Insbesondere die pauschale Unterstellung, alle afghanischen Flüchtlingen können irgendwo in Afghanistan ein „sicheres“ Gebiet erreichen, ist politisch motiviert und Grundlage für viele Asyl-Ablehnungen gegenüber afghanischen Flüchtlingen. Aufgrund von Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Linksfraktion konnten wir nachweisen, dass die Anerkennungsquoten bei afghanischen Flüchtlingen infolge der politischen Vorgaben massiv gesenkt wurden: Von 77,6 Prozent im Jahr 2015 auf 46,7 Prozent im ersten Halbjahr 2017. Im dritten Quartal 2015, d.h. bevor in der Großen Koalition im November 2015 verstärkte Abschiebungen nach Afghanistan vereinbart wurden, lag die bereinigte Schutzquote sogar noch bei 86,1 Prozent!

Diese Ablehnungs- und Abschiebepolitik ist unverantwortlich und rechtswidrig. Wir werden weiterhin mit aller Kraft in und auch außerhalb der Parlamente gegen Abschiebungen nach Afghanistan und für die Rechte der Betroffenen kämpfen.

### Asyl-Entscheidungen

---

**2.** Die Qualität der Asyl-Entscheidungen des BAMF ist häufig mangelhaft, weshalb die Zahl der Klagen gegen fehlerhafte Entscheidungen im letzten Jahr stark gestiegen ist.

#### **Was wollen Sie dagegen tun?**

Mit mangelhaften Asylentscheidungen im BAMF, insbesondere gegenüber afghanischen Geflüchteten, haben wir die Bundesregierung mehrfach konfrontiert, etwa im Rahmen parlamentarischer Anfragen. Nicht nur wurden interne Entscheidungsvorgaben im BAMF aufgrund politischer Vorgaben verschärft, etwa durch den pauschalen Verweis auf angeblich „sichere“ Gebiete in Afghanistan („interne Fluchtalternativen“). Hinzu kommt der gezielte Einsatz von zum Teil überaus zynischen Textbausteinen, in denen beispielsweise das Risiko, Opfer willkürlicher Gewalt in Afghanistan zu werden, auf 0,074 Prozent beziffert wird – womit Ablehnungen begründet werden. Diese internen Anweisungen, mit denen Ablehnungen massiv begünstigt werden, müssen dringend zurückgenommen werden.

Zudem bedarf es weiterer Qualitätsverbesserungen im BAMF. Mangelhafte Asyl-Entscheidungen sind auch Folge der Personalpolitik im BAMF. Nachdem der Personalabbau über Jahre hinweg sträflich vernachlässigt wurde, gab es dann in einem sehr kurzen Zeitraum tausende Einstellungen, z.T. sogar ohne vorheriges persönliches Eignungsgespräch. Auch wurde Personal aus anderen Behörden abgeordnet, ohne diese Menschen für ihre neue Aufgabe ausreichend zu schulen und zu qualifizieren. Interne Qualitätsvorgaben und Standards wurden dabei missachtet. Auch aktuell werden Weiterbildungen auf die lange Bank geschoben, weil die Politik dem BAMF immer wieder neue Vorgaben macht und den Schwerpunkt dabei auf Quantität statt Qualität setzt.

Interne Vorgaben im BAMF zu einer konkreten Zahl pro Tag zu erledigender Anhörungen bzw. Entscheidungen üben einen massiven Druck auf die Beschäftigten aus, die hierdurch zur Eile angehalten werden und deshalb unter Umständen nicht gründlich genug anhören, (vermeintliche) Widersprüche nicht aufklären oder notwendige Nachfragen unterlassen. Das führt zu Fehlentscheidungen oder schlampigen Bescheiden, die einer gerichtlichen Überprüfung immer weniger standhalten – es kann jedoch nicht sein, dass nach der katastrophalen Überlastung des BAMF nun eine Überlastung der Verwaltungsgerichte droht, weil

das BAMF Fehlentscheidungen am Fließband produziert.

DIE LINKE hat aus all diesen Gründen eine Überprüfung aller ablehnenden Bescheide insbesondere gegenüber afghanischen Asylsuchenden aus der letzten Zeit gefordert und setzt sich seit Jahren für eine großzügige „Altfallregelung“ für länger anhängige Asylverfahren ein - aus humanitären Gründen, aber auch, um das BAMF wieder arbeitsfähig zu machen.

DIE LINKE kritisiert zudem seit langem die Trennung von Anhörer und Entscheider, die insbesondere im Jahr 2016 systematisch eingesetzt wurde, um die Verfahren zu beschleunigen. Ob diese Annahme überhaupt zutrifft, ist fragwürdig, wie Angaben der Bundesregierung auf Anfragen der Linksfraktion zeigen. Fest steht aber, dass diese Trennung zu einem weiteren Qualitätsverlust führt.

Die internen Kontrollverfahren und Qualitätsprüfungen im BAMF müssen dringend verbessert werden, insbesondere auch in Zusammenarbeit mit dem UNHCR, fachkundigen Verbänden und Fach-RechtsanwältInnen.

---

## Familienzusammenführung

3. Die besondere Schutzwürdigkeit von Ehe und Familie ist im Grundgesetz verankert.

**Wie stehen Sie zur Verweigerung der Familienzusammenführung bei subsidiärem Schutz?**

**Finden Sie eine Verweigerung von Geschwisternachzug bei anerkannten minderjährigen Flüchtlingen für gerechtfertigt?**

Diese Be- bzw. Verhinderung des Menschenrechts auf Familienzusammenleben bei Geflüchteten mit subsidiärem Schutzstatus hat DIE LINKE von Anfang an scharf kritisiert (vgl. zu Details unseren Antrag im Bundestag:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/102/1810243.pdf>). Auch auf die Verschärfungen beim so genannten Geschwisternachzug haben wir frühzeitig hingewiesen und eine Rückkehr zur jahrelang praktizierten Verfahrensweise gefordert.

Leider hat sich die SPD bei diesem Thema von der Union und dem Bundesinnenministerium offenkundig „über den Tisch ziehen lassen“ - und im Nachhinein nicht die Kraft besessen, diese Fehlentscheidung zu korrigieren. Obwohl der SPD offenbar zugesichert worden war, die gesetzliche Verschärfung würde nur wenige und insbesondere nicht die syrischen Flüchtlingen betreffen, waren nach einer Änderung der Entscheidungspraxis im BAMF weit mehr als Hunderttausend schutzbedürftige Menschen, unter ihnen mehrheitlich syrische Flüchtlinge, von der Änderung betroffen. Die SPD hat die angestrebte namentliche Abstimmung im Bundestag über Anträge der Opposition zu diesem Thema, mit dem die andauernde Trennung der Flüchtlingsfamilien hätte beendet werden können, mit aller Kraft verhindert.

---

4. Die Erteilung von Visa für den Nachzug von Familienangehörigen im Ausland dauert oft sehr lange.

**Setzen Sie sich für eine zügige Visaerteilung für nachzugsberechtigte Familienangehörige im Ausland ein?**

Das tun wir. DIE LINKE hat die skandalösen Wartezeiten im Visumverfahren im Rahmen entsprechender Anfragen an die Bundesregierung mehrmals kritisiert und öffentlich bekannt gemacht. Entsprechende Forderungen finden sich auch in unserem Antrag zum Thema (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/102/1810243.pdf>). Unsere steten Nachfragen zu diesen Missständen haben sicherlich mit dazu beigetragen, dass es - bei aller Kritik - im Laufe der Zeit auch zu Verbesserungen im Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amtes gekommen ist (Personalaufbau, Verfahrensvereinfachungen, entlastende Visabearbeitung in Berlin usw.).

---

## Flüchtlingsaufnahme in Europa

5. Griechenland und Italien tragen derzeit den größten Teil der Verantwortung bei der Flüchtlingsaufnahme in Europa.

**Wie stehen Sie zu einer gemeinsamen Europäischen Flüchtlingspolitik?**

**Finden Sie, dass die Dublin III-Verordnung eine angemessene Lösung für die Aufteilung von Geflüchteten in Europa ist?**

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die sich seit Jahren für das so genannte „free choice“-Modell als eine menschenrechtsbasierte, solidarische und faire Alternative zum gescheiterten Dublin-System einsetzt. Das Dublin-System steht im Kern des EU-Asylsystems und es ist der Grund vieler ungelöster Probleme in der EU-Asylpolitik. Nach unserer Auffassung sollen Flüchtlinge selbst bestimmen können, in welchem Land sie um Schutz nachsuchen. Das werden häufig die Länder sein, in denen bereits Verwandte und Bekannte von ihnen leben oder deren Sprache sie bereits sprechen. Dies kann für eine schnelle Integration der Geflüchteten positiv genutzt werden. Etwaige Ungleichverteilungen innerhalb der EU müssten vor allem auf finanzieller Ebene ausgeglichen werden. Insbesondere die osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU müssen mittel- und langfristig beim Aufbau menschenwürdiger Aufnahmestrukturen unterstützt werden. Das gewaltsame Hin- und Herschieben von Schutzsuchenden innerhalb der EU nach den Regeln der Dublin-Verordnung muss endlich beendet werden.

---

## Fluchtwege

6. Der Weg für Schutzsuchende aus Krisengebieten gestaltet sich als sehr gefährlich und oft sind die Geflüchteten auf ihrer Flucht schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Viele Geflüchtete landen zudem in Auffanglagern an der Grenze zu Europa.

**Wie stehen Sie zu sicheren und legalen Fluchtwegen für Schutzsuchende in die EU?**

DIE LINKE fordert seit langem sichere und legale Fluchtwege für Schutzsuchende in die EU. Dies haben wir auch in mehreren

Anträgen im Bundestag zum Ausdruck gebracht (vgl. z.B.: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800288.pdf>). Zu dem genannten Antrag, der angesichts des Massensterbens im Mittelmeer eine besondere politische Brisanz hatte, gab es eine sehr interessante Sachverständigen-Anhörung im Deutschen Bundestag (<https://www.bundestag.de/ausschuesse18/a04/anhoerungen?url=L2F1c3NjaHVlc3NIMTgvYTA0L2FuaG9lcnVuZ2VvLy0vMjgzODY0&mod=mod458740>). Leider fand der Antrag keine Mehrheit im Parlament. DIE LINKE tritt jedoch unverändert für legale und sichere Fluchtwege ein.

---

## **7. Wie lautet ihre Position zum EU-Türkei-Deal?**

Den EU-Türkei-Deal haben wir aus vielerlei Gründen scharf verurteilt. Zum einen geht es um außenpolitische Aspekte: Zum Zwecke der Flüchtlingsabwehr hat sich die EU in die Hände der immer unberechenbarer werdenden Erdogan-Autokratie begeben und Erdogan dadurch auch politisch gestärkt. Zum anderen stellt der Deal vor allem eine Aushebelung des internationalen Flüchtlingsrechts dar. Das individuelle Recht auf Asyl und der freie Zugang zu Schutz werden im Rahmen des Deals abgelöst durch eine hermetische Abschottungspolitik, die im Gegenzug die selektive Aufnahme einer sehr begrenzten Zahl von Flüchtlingen beinhaltet. Die Begrenzung der Aufnahme auf nur syrische Flüchtlinge stellt zudem eine klare Diskriminierung von Schutzsuchenden aus anderen Ländern und eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung dar. Das Erdogan-Regime, das mit seiner repressiven Politik selbst viele Flüchtlinge produziert, soll der EU die Flüchtlinge aus anderen Ländern vom Halse halten – das ist eine moralische und menschenrechtliche Bankrotterklärung der EU!

## **Fluchtursachen**

---

### **8. Was sind ihre Vorschläge zur Fluchtursachenbekämpfung?**

Das Thema ist sehr umfassend und bezieht sich unter anderem auf die Frage der internationalen Friedenspolitik, gerechte Weltwirtschafts- und Handelsbeziehungen, Freihandelsabkommen, Umweltpolitik usw. Weil inzwischen nahezu alle von „Fluchtursachenbekämpfung“ reden, ist es uns wichtig zu betonen, dass dies keine Legitimation für eine Abschottungspolitik sein darf. Vor allem darf dies nicht zur folgenlosen Phrase werden, denn die Politik Deutschlands, aber auch der EU, trägt unverändert in vielfältiger Art und Weise zur Schaffung von Fluchtursachen mit bei (kriegerische Interventionen, Waffenexporte, subventionierte Nahrungsmittelexporte, Fischereiabkommen usw.). Vorschläge hierzu hat DIE LINKE im Einzelnen gemacht, z.B. in einem Antrag im Bundestag und in einer Broschüre zu diesem Thema: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/070/1807039.pdf> und [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Broschueren/2016-broschuere-fluchtursachen.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Broschueren/2016-broschuere-fluchtursachen.pdf)

## **Transitzentren**

---

**9.** In Manching wurde die sogenannte „Aufnahme- und Rückführungseinrichtung“ (ARE) in ein sogenanntes Transitzentrum transformiert. Auch die Erstaufnahmeeinrichtung in Regensburg wurde umgewandelt, diejenige in Deggendorf folgt Anfang August. Neben Flüchtlingen aus „sicheren Herkunftsländern“ werden dort nun auch Flüchtlinge aus Äthiopien, Aserbaidschan, Nigeria, Sierra Leone, Ukraine und Afghanistan untergebracht.

### **Wie positionieren Sie sich zum Thema Transitzentren und ARE?**

Die bayerischen so genannten Aufnahmeeinrichtungen werden mit Fug und Recht als Abschiebelager kritisiert. Es sind Orte der Entrechtung und der Ausgrenzung. Wir sind grundsätzlich gegen diese Schnellverfahren, gegen ein Asylrecht zweiter Klasse für bestimmte Flüchtlingsgruppen und gegen die Strategie der Abschreckung gegenüber ungewollten Flüchtlinge, insbesondere aus so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ (vgl. z.B.: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/061/1806190.pdf>). Die Mittel der Residenzpflicht, des Arbeitsverbots, der Massenunterbringung und Sachleistungsversorgung, der verweigerten Aufnahme in reguläre Schulen usw. sind Elemente einer menschenrechtswidrigen Abschreckungspolitik, die wir grundsätzlich ablehnen – gerade vor dem historischen Hintergrund in Deutschland begangener staatlicher Verbrechen.

## **sichere Herkunftsländer**

---

### **10. Halten Sie die Klassifizierung in sogenannte „sichere Herkunftsländer“ für angemessen?**

DIE LINKE ist grundsätzlich gegen das Konzept so genannter „sicherer Herkunftsstaaten“. Dies widerspricht dem Charakter des individuellen Asylrechts und bedeutet eine unzulässige Beschränkung der Rechte und Chancen von Asylsuchenden aus diesen Ländern. Die Erfahrung zeigt zudem, dass bestimmte Länder vor allem aus politischen Gründen als „sicher“ eingestuft werden, ohne dass die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Bedingungen hierfür erfüllt wären. DIE LINKE fordert eine Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl in seiner alten Gestalt – und das beinhaltet auch eine Positionierung gegen die Konzepte sicherer Herkunfts- oder auch Drittstaaten sowie eine Rücknahme der weiteren Verschärfungen im Asylrecht, insbesondere im Bereich des effektiven Rechtsschutzes.

## Transitzentren

---

**11. Halten Sie es für sinnvoll, Flüchtlinge bis zur Entscheidung des BAMF und bei Ablehnung bis zur Ausreise oder Abschiebung in großen Sammellagern festzuhalten und sie mit Arbeitsverboten, Sachleistungen und Residenzpflicht zu traktieren?**

Siehe hierzu die Antwort auf die Frage 9.

## Kirchenasyl

---

**12.** Derzeit laufen in Bayern mehrere Strafverfahren gegen katholische und evangelische Geistliche, denen "illegaler Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel" vorgeworfen wird, also Beihilfe zum illegalen Aufenthalt eines Flüchtlings.

**Wie stehen Sie zum Thema Kirchenasyl?**

Die aktuellen Kriminalisierungsversuche des Kirchenasyls zeigen, wie sehr die in diesem Bereich aktiven Gemeinden den politisch Herrschenden offenkundig ein Dorn im Auge sind. Wir begrüßen hingegen dieses ganz konkrete Engagement für bedrohte Flüchtlinge als vorbildlich und angesichts vieler Ungerechtigkeiten des herrschenden Asylsystems auch als unverzichtbar. Das Kirchenasyl ist ein notwendiges Korrektiv zu fehlerhaften Entscheidungen des BAMF oder von Ausländerbehörden, aktuell insbesondere vor dem Hintergrund des ungerechten und gescheiterten Dublin-Systems. Dass es so viele Kirchenasyle gibt, ist ein trauriges Indiz dafür, wie viel in der Asylpolitik derzeit falsch läuft; wie häufig die Menschenwürde und humanitäre Grundsätze verletzt werden. Denn keine Gemeinde übernimmt leichtfertig die so wichtige wie mühsame Aufgabe des praktischen Eintretens für von Abschiebung.